

Offener Brief
des Bochumer SEEBRÜCKE-Bündnisses
an die Mitglieder des Rats der Stadt Bochum

Verantwortung nicht abschieben - **ZWEIMAL „JA“ FÜR SOLIDARITÄT UND AUFNAHME!**

Bochum, den 27.11.2018

Sehr geehrte Mitglieder des Bochumer Rats,

die Lage auf dem Mittelmeer ist weiterhin dramatisch: Menschen ertrinken auf der Flucht, während die zivile Seenotrettung kriminalisiert wird. Als SEEBRÜCKE Bochum bleiben wir dabei: Anstatt Grenzen dicht zu machen und Seenotretter*innen zu kriminalisieren, brauchen wir sichere Fluchtwege und solidarische Städte, die bereit sind, mehr Geflüchtete aufzunehmen. Auch die Stadt Bochum trägt dafür Verantwortung. Auf der Ratssitzung am 29. November stehen nun zwei Abstimmungen an, die uns am Herzen liegen:

- 1.) Unter dem Tagesordnungspunkt 2.6. steht der **Antrag "Solidarische Stadt Bochum"** zur Abstimmung. Er beinhaltet die Forderungen, die mehr als einhundert Bochumer Vereine, Initiativen und Organisationen mit dem Aufruf zur Bochumer SEEBRÜCKE-Demonstration ausdrücklich an den Rat der Stadt Bochum gerichtet haben: Die Stadt soll angesichts dieser Notsituation auf die Sonderabsprache mit dem Land NRW verzichten, durch welche Bochum weniger Geflüchtete zugewiesen bekommt als andere Städte. Bochum soll gegenüber der Landes- und der Bundesregierung die Bereitschaft erklären, mindestens diese Plätze für Geflüchtete zur Verfügung zu stellen, die aus Seenot gerettet worden sind. Weitere Forderungen sind der Abbau von diskriminierenden Hürden bei der Wohnungssuche, die Einhaltung des städtischen Unterbringungs- und Betreuungskonzepts sowie ein Aktionsplan für kommunalen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau.
- 2.) Zusätzlich zu diesem Antrag hat sich wenige Tage vor Ratssitzung eine breite Mehrheit aus dem Rat darauf verständigt, die **Resolution "Aufnahme von aus Seenot geretteten Flüchtlingen"** einzubringen. Sie beinhaltet die Forderung an die Bundesregierung, dass aus Seenot gerettete Flüchtlinge in Deutschland zusätzlich aufgenommen werden sollen.

Als Bochumer SEEBRÜCKE-Bündnis begrüßen wir ausdrücklich, dass sich der Rat mit unseren Forderungen auseinandersetzt. Das ist ein Erfolg der vielen tausend Menschen, die sich in unserer Stadt für mehr Solidarität und soziale Verantwortung gegenüber Menschen in Not engagieren.

In diesem Sinne fordern wir Sie ausdrücklich auf, bei beiden Abstimmungen mit "Ja" zu stimmen. **Denn wir müssen mit einem Missverständnis aufräumen:** Anlässlich der Einbringung der Resolution hat eine der beteiligten Fraktionen öffentlich erklärt: "Mit dem Beschluss der Resolution würde sich Bochum in die wachsende Liste der deutschen Städte eintragen, die sich zum sicheren Hafen für aus Seenot gerettete Geflüchtete erklären." Dagegen stellt das Bochumer SEEBRÜCKE-Bündnis fest: Alleine durch die Forderung an eine andere politische Ebene (hier: die Bundesregierung), mehr Geflüchtete aufzunehmen, wird eine Stadt nicht zum "sicheren Hafen" im Sinne der SEEBRÜCKE-Bewegung.

Die vielen zehntausend Aktiven der SEEBRÜCKE fordern vielmehr, dass ihre Kommunen vor Ort jeweils selbst zusätzliche Verantwortung übernehmen - indem sie sich bereit erklären, mehr Geflüchtete aufzunehmen, als sie aufgrund der jeweils geltenden Verteilschlüssel müssen. Wir stellen fest: Genau diese Bereitschaft wird durch den Resolutionstext nicht erklärt. Auch der zweite Satz des nur aus zwei Sätzen bestehenden Textes hilft hier nicht weiter. Mit ihm erklärt die Stadt Bochum lediglich, dass sie nicht plant, gegen geltendes Recht zu verstoßen, sollten zusätzliche Geflüchtete in Deutschland aufgenommen werden. Das ist kein Bekenntnis zu mehr kommunaler Verantwortung, sondern eine reine Selbstverständlichkeit.

Auch in anderen Städten, zuletzt in Münster, musste sich die SEEBRÜCKE-Bewegung gegen solche Versuche der Umdeutung ihrer Forderungen wehren. Als Bochumer SEEBRÜCKE-Bündnis fordern wir Sie daher ganz ausdrücklich auf: Schieben Sie die Verantwortung nicht auf andere politische Ebenen und andere Städte ab, sondern erklären Sie mit der Zustimmung auch zu dem Antrag, dass die Stadt Bochum zumindest bereit ist, genauso viele Überlebende der Flucht aufzunehmen, wie das andere vergleichbare Kommunen sowieso schon tun.

Denn: Einerseits zu erklären, dass Deutschland *mehr* aus Seenot gerettete Geflüchtete aufnehmen soll, aber andererseits daran festzuhalten, dass Bochum 1.000 Geflüchtete *weniger* aufnehmen soll als andere vergleichbare Städte - das wäre keineswegs das Signal der Solidarität, das die 5.500 Teilnehmer*innen der Bochumer Seebrücke-Demonstration von Ihnen eingefordert haben. Wir sagen: Wer glaubwürdig Forderungen an andere politische Ebenen stellen will, sollte sich auch bereit erklären, den eigenen Teil der Verantwortung anzunehmen.

Seit Jahren zeigen Menschen in unserer Stadt ein beispielhaftes Engagement für Geflüchtete. Bochum hat die Kapazitäten. Inzwischen stehen mehrere Unterkünfte bereits längerfristig leer, weitere werden umgenutzt. Die Stadt hat sogar schon zur Flüchtlingsunterbringung angemietete Wohnungen bei der VBW gekündigt. Dass Bochum mehr helfen könnte, steht also außer Frage.

Diese Möglichkeit der humanitären Verantwortung gegenüber schutzsuchenden Menschen muss die Stadt nutzen. Schieben Sie die Verantwortung nicht ab, sondern machen Sie Bochum tatsächlich zu einem "sicheren Hafen" für zusätzliche Geflüchtete - stimmen Sie zweimal mit "JA" für Solidarität und Aufnahme!

Mit erwartungsvollen Grüßen

SEEBRÜCKE Bochum